

Resolution

Keine Qualitätsverschlechterung im Öffentlichen Personennahverkehr Steuer Mehreinnahmen für Busse und Bahnen einsetzen

Die Bundesregierung hat sich mit den Ländern über die Kürzungen beim Regionalisierungsgesetz (RegG) geeinigt. Demnach fließen im nächsten Jahr insgesamt 556,2 Millionen Euro weniger Bundeszuschüsse für Busse und Bahnen an die Länder. Der Anteil, der auf das Land Niedersachsen entfällt, liegt bei 48 Millionen Euro. Es besteht nun die Gefahr, dass das Land die Kürzungen direkt durch seine hundertprozentige Tochter, der Niedersächsischen Landesnahverkehrsgesellschaft, über Abbestellungen bisheriger Bahnverkehre kompensiert und das davon wiederum der ländliche Raum besonders betroffen sein wird. Diese Vermutung wird durch die geplante Streichung der beiden frühmorgendlichen Zugverbindungen von Emden nach Münster und umgekehrt belegt. Gleichzeitig werden im nächsten Jahr durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer bundesweit Mehreinnahmen von 6.386 Milliarden Euro erwartet, wovon das Land Niedersachsen schätzungsweise 669 Millionen Euro erhält. Auch wenn Die Linke. die Mehrwertsteuererhöhung als falsches wirtschafts- und sozialpolitisches Signal ablehnt, besteht doch die Möglichkeit, die Kürzungen durch Mittelumschichtungen aus diesen Mehreinnahmen aufzufangen. Dies würde die akut anstehende Streichung von Zugverbindungen im Land verhindern und gleichzeitig die Möglichkeit eröffnen, auf kommunaler Ebene eigene Strategien zu entwickeln, wenn Bund und Länder im nächsten Jahr erneut die Höhe der Zuschüsse verhandeln.

Der Kreistag Aurich fordert daher

1. die Landesregierung von Niedersachsen auf, aus den Mehreinnahmen durch die Mehrwertsteuer die beschlossenen Kürzungen der Regionalisierungsmittel aufzufangen, um eine Verschlechterung des ÖPNV-Angebots bei Bussen und Bahnen zu verhindern.
2. den Landrat des Landkreises Aurich auf, sich nachdrücklich bei der niedersächsischen Landesregierung für diese Umschichtung einzusetzen, um mögliche Verschlechterungen beim Nahverkehr im Landkreis Aurich und der Verkehrsregion Nahverkehr Ems-Jade wirksam und frühzeitig entgegenzuwirken.
3. den Landrat des Landkreises Aurich auf, zusammen mit den anderen Landkreisen und kreisfreien Städten innerhalb der Verkehrsregion Nahverkehr Ems-Jade die im nächsten Jahr stattfindenden Verhandlungen von Bund und Ländern über die zukünftige Ausgestaltung der Regionalisierungsgelder mit eigenen Aktivitäten zu begleiten.

Aurich, den 16. Oktober 2006

Für Die Linke. im Kreistag Aurich



Martin Heilemann
Fraktionsvorsitzender